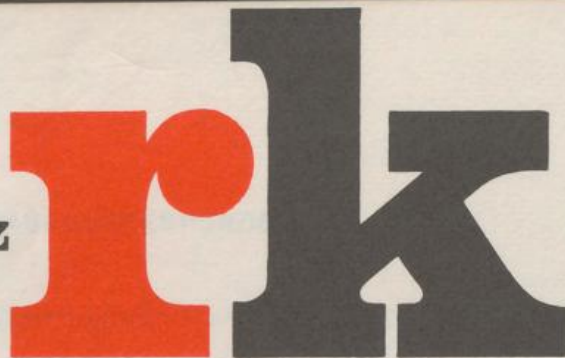


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 28. Juli 1981

Blatt 1934

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ"

Kommunal: Gemeindebediensteter: Vizeweltmeister im Stenografieren
(rosa) "Ja zum Rennbahnweg"
Vergnügungssteuer bleibt unverändert
Wiener öVP gegen die Stadterneuerung
Graz: Heizölpreis muß geregelt bleiben

Kultur: "Kunst für die Menschen in der Stadt "
(gelb)

Nur

Über FS: 27.7. Umleitung für Richtigthausenstraße
28.7. Rosa Jochmann - Ehrenbürgerin von Wien

Gemeindebediensteter: Vizeweltmeister im Stenografieren

=++++

1 #Wien, 28.7. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des 34. Kongresses der Internationalen Föderation für Stenografie und Maschinschreiben fanden die Weltmeisterschaften im Maschinschreiben sowie Internationale Kurzschriftwettbewerbe und ein Mehrsprachenwettbewerb in Stenografie statt.

Unter den 37 österreichischen Reiseteilnehmern ließ neben der neuen Weltmeisterin Ilse Pantschier aus Graz im Maschinschreiben (Perfektion) der Wiener Gemeindebedienstete Bertram HÜTTNER mit einem hervorragenden 2. Platz im Mehrsprachenwettbewerb in Stenografie aufhorchen. Hüttner übertrug Diktate in den Sprachen Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch und erreichte in der deutschen Sprache 375 Silben je Minute.#

Damit schlug Hüttner fast alle Favoriten dieses Bewerbs und wurde nur vom Sieger überboten, der die gleiche Zahl an Fremdsprachendiktaten übertrug, dessen Leistung in der Muttersprache Deutsch jedoch noch höher, nämlich bei 475 Silben je Minute lag.

Bürgermeister Leopold Gratz gratulierte Bertram Hüttner brieflich zu dieser ausgezeichneten Leistung und verband mit der Gratulation seine besten Wünsche für die weitere Zukunft dieses vorbildlichen Wiener Gemeindebediensteten. (Schluß) red/gg

NNNN

"Ja zum Rennbahnweg" (1)

Utl.: Aktionskomitee wirbt für besseres Image

=++++

2 #Wien, 28.7. (RK-KOMMUNAL) In der städtischen Wohnhausanlage Rennbahnweg im 22. Bezirk hat sich ein Aktionskomitee unter dem Motto "Ja zum Rennbahnweg" konstituiert. Ziele des Komitees sind Aufklärungskampagnen und Selbsthilfe, um den Wohnwert und die Lebensqualität in der Anlage noch zu erhöhen. Die Einrichtungen der Wohnhausanlage sollen durch gezielte Information von den Bewohnern besser genutzt werden. Durch ihre Mitsprache sollen die Mieter selbst an der Gestaltung ihrer Umwelt mitwirken, Gestaltungsvorschläge erstellen und durchsetzen. "Mit aller Entschiedenheit wendet sich das Komitee gegen immer wieder festzustellende Berichte in den Medien, in denen vermittels Halbwahrheiten und bewußten Fehlinformationen ein Bild der Wohnhausanlage gezeichnet wird, das in keiner Weise mit der Realität übereinstimmt", heißt es in einem Flugblatt des Aktionskomitees. # Als besonders unanständig wird die Methode bezeichnet, Fälle echter sozialer Not an die Öffentlichkeit zu zerren. Die Probleme der sozial Schwachen werden dazu benützt, den Eindruck entstehen zu lassen als wären sie die allgemeine Regel. So werden nicht nur die Betroffenen bloßgestellt, sondern auch alle anderen Bewohner in ihrem Ruf und ihrer Ehre geschädigt, klagt das Komitee. Eine Zusammenarbeit mit ähnlichen Gruppen in anderen Wohnhausanlagen wird angestrebt. (Forts.) ba/sr

NNNN

"Ja zum Rennbahnweg" (2)

Utl.: Aktionskomitee wirbt für besseres Image

=++++

3 Wien, 28.7. (RK-KOMMUNAL) Auf eine Anfrage der ÖVP informierte Wohnbaustadtrat Johann HATZL den Gemeinderatsausschuß für Wohnen und Stadterneuerung am Montag über die Abrechnung der Gesamtbaukosten für die Anlage. Auf Grund der endgültigen Ergebnisse wird es voraussichtlich zu einer Reduzierung des Mietzinses kommen. Die in zwei Bauteilen errichtete Wohnhausanlage mit 2.437 Wohnungen wurde im Sommer 1977 fertiggestellt. Die Abrechnung für den ersten Bauteil lag zunächst im Juni 1978 vor. Dannach stellte der Generalunternehmer Forderungen für Mehrleistungen, über die mehrmals verhandelt wurde. Durch verschiedene Ergänzungsarbeiten verzögerte sich die Bilanzierung des ersten und zweiten Bauteils bis Ende 1979.

Nach Überprüfung der Endabrechnungen durch die Magistratsabteilung 25 werden die endgültigen Baukosten - sicher noch im heurigen Herbst, wie Stadtrat Hatzl sagte - feststehen. Eines ist jetzt schon gewiß: es wurde billiger gebaut als ursprünglich angenommen. Für die Mieter ergibt sich daraus die erfreuliche Tatsache, daß der Grundzins voraussichtlich gesenkt werden dürfte. Die ursprünglich angenommenen Baukosten lagen für den ersten Bauteil bei 721 Millionen, beim zweiten Bauteil um 740 Millionen. Der Mietzins beträgt derzeit im ersten Bauteil zwischen 20 und 22,60 Schilling, im zweiten Bauteil zwischen 17 und 18,50 Schilling pro Quadratmeter. (Schluß) ba/gg

NNNN

"Kunst für die Menschen in der Stadt"

Utl.: Symposium auf dem Karlsplatz

=++++

4 #Wien, 28.7. (RK-KULTUR) "Kunst in der Stadt, Kunst für die Stadt, Kunst für die Menschen in der Stadt" unter diesem Titel findet auf dem Wiener Karlsplatz vom 17. August bis 13. September ein Symposium statt, das die Situation des Menschen in der "urbanen Landschaft" zum Thema hat. #

Ziel der Veranstaltung ist es, die Menschen zu animieren, sich mit ihrer Situation geistig auseinanderzusetzen und an ihrer positiven Veränderungen mitzuarbeiten.

Wesentliches Anliegen der teilnehmenden Künstler ist es, Kommunikation zu fördern. So plant Peter Moizi die Errichtung eines Halbkugelhauses, das zu einem "Forum" für die Passanten werden soll, Otto Herbert Hajek will mit seinen "Farbwegen" ästhetisch-farbige Schwerpunkte in die Stadtlandschaft setzen. Tone Fink plant eine Papierhautprozession, an der jeder teilnehmen kann: "unter verschiedenen Schutzhäuten könnte man seine Identität finden, Kontakt schaffen und Hemmungen aufheben." Ein psychoästhetischer Test Ernst Behmachers soll den Testpersonen die Diskrepanz zwischen ihrem bewußten Denken und bewußter Reaktion vor Augen führen. Ernst Muhr gestaltet einen urbanen Wasserlehrpfad, der die Funktion des Wassers als Lebenselement aufzeigen soll. Neben zahlreichen bildenden Künstlern nimmt auch Sigi Maron an dem Symposium teil: er setzt sich mit der Lage der Behinderten auseinander. (Schluß) gab/sr

NNNN

Vergnügungssteuer bleibt unverändert

Utl.: Seit 1. Juni 1.619 Apparate abgemeldet

=++++

7 #Wien, 28.7. (RK-KOMMUNAL) Die Proteste der Spielautomatenunternehmer gegen die Vergnügungssteuernovelle werte er als Versuch, "mit einem emotionalen Appell eine steuerliche Maßnahme verhindern zu wollen", betonte Bürgermeister Leopold GRATZ Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Er sei jedenfalls persönlich nicht bereit, Drohungen wie der angekündigten Sperre von Teilen des Wiener Praters, nachzugeben.

Wir brauchen den Wiener Prater für die Wiener, aber auch für die vielen Besucher Wiens, erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR. Der Prater sollte jedoch nicht ein "Klein-Las Vegas" werden. Ein Ziel der Vergnügungssteuernovelle ist daher die Reduzierung der Spielautomaten in Wien.#

Mayr gab bekannt, daß derzeit 4.676 Apparate in Wien angemeldet sind. Seit 1. Juni dieses Jahres wurden 1.619 Apparate abgemeldet. Der Rückgang sei beabsichtigt und erwünscht, da man neben der Vergnügungssteuernovelle in einem zweiten Schritt das Wiener Veranstaltungsgesetz novellieren möchte. Ein neues Veranstaltungsgesetz sollte das sogenannte "Kleine Glücksspiel" (maximal fünf Schilling Einsatz, maximal 100 Schilling Gewinn) ermöglichen - allerdings unter kontrollierten Bedingungen. Die Einbeziehung der "Geschicklichkeitsapparate" unter den Höchststeuersatz sei notwendig gewesen, da solche Apparate jederzeit zu Apparaten mit Gewinnausspielung umfunktioniert werden können.

Mayr betonte, daß auch er lieber eine Steuer auf den Umsatz gehabt hätte. Allerdings gebe es derzeit keine technische Möglichkeit, eine Manipulation zu verhindern. Die Plombierung der Apparate sei untauglich, da die Gewinnquoten unabhängig von einer Plombierung vom Betreiber der Apparate verändert werden können und niemand verhindern könne, daß der Besitzer des Apparats selbst spiele und den Apparat "ausräume". (Schluß) sei/gg

Wiener ÖVP gegen die Stadterneuerung

=++++

8 Wien, 28.7. (RK-KOMMUNAL) Gegen den Ankauf einer 3.382 Quadratmeter großen Liegenschaft in Mariahilf, Gumpendorfer Straße 40-44, durch die Stadtverwaltung sprachen sich Dienstag im Wiener Stadtsenat die Vertreter der ÖVP aus. Dem Ankauf des Areals, den Stadtrat Josef VELETA beantragte, hatte Mitte Juli der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz mehrheitlich zugestimmt. Auch damals hatten die Vertreter der ÖVP die Grundstückstransaktion abgelehnt.

Die Liegenschaft in der Gumpendorfer Straße, die zur Zeit als Autoabstellfläche genutzt wird, ist für die Errichtung einer Wohnhausanlage, einer Tiefgarage sowie für die Schaffung öffentlich zugänglicher Freiflächen auf den unbebaut bleibenden Teilbereichen vorgesehen. Die Wohnhausanlage mit etwa 150 Wohnungen wird sich vorwiegend entlang der Windmühlgasse erstrecken. Die verkehrsmäßig an die Gumpendorfer Straße angebundene und von dieser aus eben anfahrbare Tiefgarage wird rund 200 Stellplätze aufweisen, die öffentlich zugänglichen Freiflächen sollen oberhalb der Tiefgarage angelegt werden.

Obwohl das Areal in der Gumpendorfer Straße somit ein für die Stadterneuerung wertvolles Grundstück darstellt, lehnten die Vertreter der ÖVP den Ankauf ab. Die Grundtransaktion wird noch dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt. (Schluß) we/sr

NNNN

Gratz: Heizölpreis muß geregelt bleiben

=++++

9 #Wien, 28.7. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ betonte in seinem Pressegespräch am Dienstag, daß der Preis für Heizöl extra leicht unbedingt weiter geregelt bleiben muß. Darüber bestand bei der Besprechung über die Mineralölpreise am Montag zwischen den Vertretern aller Bundesländer volle Übereinstimmung. Heizöl extra leicht wird vor allem von Menschen mit geringerem Einkommen benützt, die vor spürbaren Mehrbelastungen geschützt werden müssen. #

Gratz verwies auch nochmals auf das Ost-West-Gefälle der Strompreise, das darauf zurückzuführen ist, daß die östlichen Bundesländer Strom vor allem aus Erdöl und Erdgas gewinnen müssen, während die westlichen Bundesländer die billigere Wasserkraft nützen können. Das bedeutet nicht nur eine Mehrbelastung der Haushalte in den östlichen Bundesländern, sondern auch eine Wettbewerbsverzerrung für Industrie und Gewerbe. Die Forderung nach einem einheitlichen Strompreis für ganz Österreich bleibt deshalb aufrecht. Sollten die verschiedentlich geäußerten Absichten aktualisiert werden, durch eine Transportabgabe oder Ähnliches zugunsten der westlichen Bundesländer einen einheitlichen Benzinpreis in ganz Österreich zu garantieren, dann müßte das mit der Frage des Strompreises gekoppelt werden. Der Umstand, daß die Transportkosten für Benzin in den westlichen Bundesländern höher sind, ist genau so durch geografische Verhältnisse begründet wie das Vorhandensein großer Wasserkraftmöglichkeiten in den westlichen Bundesländern. (Schluß)

sti/gg

NNNN